

Betr.: Spenden der Warburg Bank im Jahre 2017 an die SPD

Das Hamburger Abendblatt berichtet in seiner Ausgabe vom 30.09.2021 in einem umfangreichen Artikel, dass der Landesvorstand der Hamburger SPD im Jahre 2017 die Annahme von 45.500 Euro Spenden von der Warburg Bank direkt bzw. aus dem engsten Umfeld dieser Bank beschlossen hatte, obschon die Warburg Bank zu diesem Zeitpunkt Betroffene in den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wegen des Cum-Ex Steuerbetrugs war.

Konkret befasste sich der SPD Landesvorstand danach mit der Spendenannahme in 3 Sitzungen im Jahre 2017 und zwar am 21.02.2017, am 09.05.2017 und am 26.09.2017.

Die Teilnehmer an diesen Sitzungen waren laut Hamburger Abendblatt u.a. der Vorsitzende des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Cum-Ex-Steuergeldaffaire“ Herr Dr. Mathias Petersen, das Mitglied des PUA Herr Milan Pein sowie der Hamburger Finanzsenator Dr. Andreas Dressel.

Aus Sicht der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft muss im Untersuchungsausschuss, wie auch in der Hamburgischen Bürgerschaft, diskutiert werden, ob die Mitglieder des Untersuchungsausschusses Herr Milan Pein und Dr. Mathias Petersen, letztgenannter ist der Vorsitzende des PUA, ein uneingeschränktes Interesse aufgrund ihrer eigenen Verstrickung in die Spendenannahme haben, den Sachverhalt des Cum-Ex Skandals verbunden mit den Verflechtungen der Hamburger Warburg Bank aufzuklären.

Für die AfD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft besteht die Besorgnis der Befangenheit hinsichtlich der Mitglieder des Untersuchungsausschusses Herrn Milan Pein und Herrn Dr. Mathias Petersen.

Das Gesetz über die Untersuchungsausschüsse der Hamburgischen Bürgerschaft kennt den Ausschluss von Mitgliedern eines Untersuchungsausschusses wegen der Besorgnis der Befangenheit.

Nach § 7 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse der Hamburgischen Bürgerschaft darf ein Mitglied der Bürgerschaft, bei dem zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine unmittelbare und persönliche Beteiligung an zu untersuchenden Vorgängen vorliegen, nicht diesem Untersuchungsausschuss angehören.

Die AfD-Fraktion bittet daher um ausführliche Beratung im Ausschuss. Ebenfalls wird eine Stellungnahme zur Vorbereitung der Beratung durch den Arbeitsstab des PUA's erbeten.